

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin  
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

## 5 Stimmen für Bremen



**Zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft am  
22. Mai 2011**

Seite 4

**Tariffahrt und Sanierungstarifvertrag  
abgewendet**

Seite 14





**Beflügelt von fair gehandeltem Kaffee...**

...tagt seit kurzem die **MUMM**-Redaktion. „Schluss mit dem Billig-Kaffee beim Gesamtpersonalrat!“ Endlich konnte sich Vorstandsmitglied Ingo durchsetzen: Wenn schon die Vorsitzende als Botschafterin des Fairen Handels für die Rest-Cent-Aktion der Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes (siehe Seite 9) wirbt, dann muss faires Handeln auch beim Gesamtpersonalrat einziehen.

Nach langen Testreihen wurde der leckerste und preisgünstigste fair gehandelte Kaffee ausgewählt. Immer noch doppelt so teuer wie Billigkaffee, also auch doppelt so viel Kaffeegeld von allen. Aber dafür kriegen die Kaffeebauern auch deutlich mehr ab von dem Geld, das ist doch gerecht.

Die **MUMM**-Redaktion ist begeistert vom *fair*besserten Kaffeegenuss: „Schmeckt deutlich besser.“ Unseren täglichen Muntermacher trinken wir nun besonders bewusst und gerne :-)

Viel Spaß beim Lesen!



Eure **MUMM**MacherInnen

**Inhalt**

- Kommentar
- Doris Hülsmeier:  
Flagge zeigen! ..... 3
- Zum Thema
- Denkanstöße für die Politik..... 4
- Unter die Lupe genommen..... 6
- Ein Blick hinter die Kulissen..... 8
- Das geht alle an
- Bremen *fair*bessern ..... 9
- Bremisches
- Keine 1:1 Übertragung..... 10
- Zukunft für die Eigenreinigung?..... 11
- Erste Erfolge erreicht..... 12
- vor Ort
- Zwei in einem ..... 13
- Gewerkschaftliches
- Tarifflicht und Sanierungstarifvertrag abgewendet ..... 14
- Zu guter Letzt
- Keinen Meter! ..... 16

**MUMM**  
(April 2011)  
Herausgeber:  
Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen  
Knochenhauerstr. 20/25,  
28195 Bremen  
Presserechtl. verantwortlich:  
Doris Hülsmeier,  
Vorsitzende des Gesamtpersonalrats  
Redaktionsteam:  
Elke Baumann  
Elke Kosmal-Vöge  
Bernd Krause  
Burckhard Radtke  
Brigitte Schüler  
Wiltrud Sossna  
Burkhard Winsemann  
Kontakt:  
Telefon: 361-2215  
Telefax: 496-2215  
E-Mail: [mumm@gpr.bremen.de](mailto:mumm@gpr.bremen.de)  
Fotos:  
Nina Kettler, Edmund Mevissen, Rita Gabele, Bernhard Esters, Manfred Soboll, Kai Mues und die Redaktion  
Druck:  
Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint am 11.11.11  
Redaktionsschluss ist der 1. Oktober 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die **Tarifrunde 2011** ist mit einem Erfolg für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften beendet worden. Sowohl eine Tarifrucht als auch ein Sanierungstarifvertrag für Bremen konnten abgewendet werden. 12.000 Beschäftigte am 3. März auf dem Bremer Marktplatz haben unsere Arbeitgeber davon überzeugt, dass wir das nicht mit uns machen lassen.

Enttäuschend hingegen ist der Ausgang der **Besoldungsanpassung**. Der Senat sieht - gestaffelt nach Einkommen - nur eine teilweise Übernahme der Tarifiergebnisse vor. Trotz nachdrücklicher Proteste von 2.500 Beschäftigten am 5. April vor der Bremischen Bürgerschaft hat diese das leider so entschieden. Die Gewerkschaften forderten eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung.

Und wieder ist **Wahlzeit!** Mit fünf Stimmen können wir Bremerinnen und Bremer Akzente setzen für ein lebenswertes Bremen. Ich finde, in vier Jahren rot/grüner Koalition wurden Schwerpunkte für ein soziales Bremen umgesetzt. Mit positiven Effekten für die Beschäftigten wurden die Privatisierungen

der großen Koalition bei der Ausbildung und beim Gebäudemanagement zurückgenommen. Die Eigenreinigung hat eine Zukunft erhalten. Mitbestimmung und die Beteiligung von Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen haben unter rot/grün ein größeres Gewicht erhalten. Auf der Grundlage von Dienstvereinbarungen werden bereits in etlichen Dienststellen Projekte zur systematischen Förderung von gesundem Arbeiten durchgeführt.

Gleichzeitig führt der anhaltende Personalabbau in immer mehr Bereichen zu Verschlechterungen für die Beschäftigten sowie für die Bürgerinnen und Bürger. Die Umsetzung der Schuldenbremse stellt vieles in Frage. Sie darf nicht zu einem Selbstzweck verkommen, der jede Kürzung rechtfertigt. Denn: Rotstifte löschen keine Feuer, Rotstifte beraten keine arbeitslosen Menschen, und Rotstifte sorgen nicht für die Bildung unserer Kinder. Das alles und viel mehr machen wir, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Und dafür wollen wir fair bezahlt werden! Ohne ausreichende Einnahmesicherungen durch

eine gerechte Steuerpolitik ist das alles nicht vorstellbar. Also lasst uns unsere fünf Stimmen klug verteilen.

Im bremischen öffentlichen Dienst stellen untertarifliche Leiharbeit, Minijobs, Zwangsteilzeit und andauernde Befristungen eine Realität für einige tausend Beschäftigte dar. Diese **prekären Beschäftigungsverhältnisse** bedeuten eine erhebliche materielle Bedrohung und Verunsicherung in der Lebensplanung für die Betroffenen, auch reichen sie nicht, um eine angemessene Altersvorsorge zu sichern. Der Gesamtpersonalrat hält eine übergreifende Regelung zur Vermeidung solcher Arbeitsverhältnisse für erforderlich. Die Senatorin für Finanzen hat sich lange geweigert, das Problem überhaupt nur anzuerkennen. Endlich aber kommt Bewegung in die Sache. Auch wenn die Finanzsenatorin unser Verständnis von prekärer Beschäftigung nicht teilt, wurden inzwischen gemeinsame Sichten deutlich. So hat das Finanzressort Vorgaben zur Umsetzung eines Mindestlohns von 8,50 € und zu Rahmenbedingungen



für Leiharbeit erstellt. Sie erklärte sich zu weiteren Gesprächen mit dem Gesamtpersonalrat bereit mit dem Ziel, sich auf eine geeignete Handhabe gegen nicht akzeptable Beschäftigungsverhältnisse zu verständigen.

Am **1. Mai 2011** will sich die NPD in Bremen versammeln. Wir Bremerinnen und Bremer sind - bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten - aufgerufen, uns für eine demokratische, weltoffene und solidarische Gesellschaft stark zu machen und uns am 1. Mai an einer Demonstration gegen die Nazis zu beteiligen.

In diesem Sinne - hinaus zum 1. Mai!

Mit herzlichen Grüßen

Janis Hilsmaier

# Denkanstöße für die Politik

## Personalrätekonferenz zum öffentlichen Dienst der Zukunft



Für die SPD bekannte sich deren Landesvorsitzender Andreas Bovenschulte deutlich zu leistungsfähigen öffentlichen Diensten als Grundlage eines sozialen Gemeinwesens. Die Landessprecherin der Grünen, Karin Mathes, erteilte Privatisierungen eine Absage und bekannte sich insbesondere zur Stabilisierung der Eigenreinigung im bremischen öffentlichen Dienst. Beide stellten sich ausdrücklich hinter die Umsetzung der Kürzungsverpflichtungen. Der Vertreter der CDU, Rainer Bensch, stellt sich ein Personalentwicklungskonzept und Ausgliederungen vor. Die Linke sieht nach den Worten ihrer Sprecherin Cornelia Barth in der Schuldenbremse keine Lösung der Probleme der öffentlichen Haushalte. Bremen solle sich diesen Regelungen nicht fügen.



Marita Rosenow (ver.di) fordert eine zeit- und inhalts-gleiche Übertragung des Tarif-ergebnisses auf die BeamtInnen. Sie spricht sich für eine übergreifende Regelung zur Vermeidung prekärer Beschäftigung im bremischen öffentlichen Dienst aus.



Heidi Adler (PR Immobilien Bremen) begrüßt die Absicherung der Eigenreinigung durch rot/grün. Sie appelliert an die PolitikerInnen, sich für eine auskömmliche Bezahlung der Reinigungskräfte mit der Entgeltgruppe 2 einzusetzen.



Winfried Noske (PR Finanzamt Bremen Ost) weist darauf hin, dass Bremen beim bundesweiten Vergleich der Personalausstattung in Finanzämtern an vorletzter Stelle steht. Er fordert höhere Ausbildungszahlen für die Betriebsprüfung, für einen gerechten Steuervollzug und höhere Steuereinnahmen.



Petra Lichtenberg (PR Schulen) begrüßt erste Vereinbarungen zur Vermeidung prekärer Beschäftigung und spricht sich für eine übergreifende Regelung aus. Sie weist auf schwierige Arbeitsbedingungen in den Schulen hin und unterstreicht, dass für gute Bildung ausreichend Personal bereitgestellt werden muss.



Grit Wetjen (PR KiTa Bremen) lobt rot/grün für den Ausbau der KiTa-Ausstattung mit positiven Auswirkungen auf die Kinder, deren Familien und die Arbeitsbedingungen der KollegInnen und warnt vor Rücknahme der Verbesserungen.

\*\*Der Standortälteste a. D. Peter Garrelmann hat mit der Erstellung neuer Filmsequenzen zu einer interessanten und abwechslungsreichen Personalräteversammlung beigetragen.\*\*



Moderierten die Versammlung: Ingo Tebje (r.) und Burckhard Radtke (beide Gesamtpersonalrat). Am Schluss forderten die TeilnehmerInnen die PolitikerInnen auf, Flagge zu zeigen für den öffentlichen Dienst.



Christel Wienrich (PR Universität) kritisiert die dauerhafte Unterfinanzierung der Hochschulen und die daraus resultierende Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Sie verdeutlicht an drei Einzelfällen exemplarisch die unsicheren Lebensperspektiven, die Existenzängste und den geringen sozialrechtlichen Schutz solcher Arbeitsverhältnisse, die auch verhindern, angemessen für das eigene Alter vorzusorgen. Sie fordert eine generelle Regelung zu deren Vermeidung.



Jens Uhlhorn (PR Amtsgericht) problematisiert, dass die Personalkürzungen auf Grundlage der PEP-Quoten ohne jeden Aufgabenbezug erfolgen und u.a. zu Einnahmeverlusten führen. Er fordert, dass familienbedingte Abwesenheitsphasen durch Elternzeit etc. bei der Personalbemessung zukünftig berücksichtigt werden müssen.



Wolfgang Klamand (PR Amt für Soziale Dienste) weist auf die schlechte Stimmung bei den KollegInnen und hohe Gesundheitsprobleme im Amt hin. Er regt an, dass die PolitikerInnen sich zukünftig selbst ein Bild von der Lage in den Dienststellen machen.



Uwe Carsten Wolf (Gesamtschwerbehindertenvertrauensmann) berichtet, dass aufgrund der Arbeitsverdichtung keine/r mehr Zeit hat, sich um seinen Kollegen und seine Kollegin zu kümmern. Er appelliert eindringlich dafür, im KollegInnenkreis mehr aufeinander zu achten und sich gegenseitig beiseite zu stehen.



Johannes Heine (PR Amt für Straßen und Verkehr) problematisiert die 2006 verschlechterten Freistellungsgrenzen im Bremischen Personalvertretungsgesetz und führt aus, dass diese zu einer erheblichen Beschränkung der Tätigkeiten des Personalrats führen. Er fordert, die Freistellungsgrenzen - in Anlehnung an das Betriebsverfassungsgesetz - wieder zu senken.



Burckhard Radtke (Gesamtpersonalrat Bremen) kritisiert, dass den BeamtInnen keine Verhandlungsrechte über ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen zugestanden werden, obwohl demokratische Beteiligungsprozesse elementare Bestandteile unserer Gesellschaft sind. Er fordert die umgehende Übertragung der Tarifergebnisse auf die BeamtInnen.



Dörte Scholz (PR Stadtamt) überreicht mit Verweis auf die schwierigen Arbeitsbedingungen und die vielen kritischen Presseberichte den PolitikerInnen Einladungen für einen Besuch im Stadtamt.



Doris Hülsmeier (Gesamtpersonalrat Bremen) kritisiert die Blockadehaltung der Finanzsenatorin gegenüber einer übergreifenden Regelung zur Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. An die PolitikerInnen appelliert sie Flagge zu zeigen für den öffentlichen Dienst.

## Unter die Lupe genommen

### Wahlprogramme der Parteien im Überblick

**MUMM** hat die Wahlprogramme der in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien unter die Lupe genommen und anhand der für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wichtigsten Kriterien ausgewertet:

- ◇ Personalausstattung
- ◇ Arbeitsbedingungen
- ◇ Faire Bezahlung
- ◇ Prekäre Beschäftigung
- ◇ Beteiligung und Mitbestimmung
- ◇ Privatisierung/Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen
- ◇ Sicherung und Verbesserung der öffentlichen Einnahmen



Die SPD erklärt, weiterer Personalabbau im öffentlichen Dienst sei nicht zu vermeiden, ohne sich jedoch auf einen konkreten Umfang festzulegen. Die Sparanstrengungen sollen dabei nicht von den unteren Entgelt-/Besoldungsgruppen getragen werden müssen. Betriebsbedingte Kündigungen schließt die SPD aus.

Die SPD spricht sich für einen Verbleib in der TdL und „flächendeckende“ Tarifverträge aus. Besoldung und Versorgung sollen sich im Gleichklang mit den norddeutschen Ländern bewegen. Die SPD spricht sich außerdem dafür aus, die Beteiligungsrechte der BeamtInnen zu stärken.

Die SPD räumt ein, dass es im öffentlichen Dienst „Probleme... mit schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen“ gibt und kündigt an, diese lösen zu wollen. Dabei sollten konsequent die Bedingungen des TVöD bzw. TV-L durchgesetzt wer-

den; sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit sollen zurückgedrängt werden. Im Vergabegesetz soll ein Mindestlohn von 8,50 € festgeschrieben werden.

Die SPD sieht in MitarbeiterInnenbeteiligung und Mitbestimmung eine Voraussetzung für Veränderungsprozesse. Sie will das Personalvertretungsgesetz erhalten und Mitbestimmung in der Praxis stärken.

Die SPD will in der Vergangenheit erfolgte Privatisierungen überprüfen und erteilt Privatisierungen, insbesondere von Wohnungsbaugesellschaften, Häfen und Krankenhäusern eine Absage. Wenn dies zu vertretbaren Bedingungen möglich ist, will sie die Energie- und Wassernetze rekommunalisieren.

Die SPD spricht sich für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, der Erbschaftsteuer, die Einführung von Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer sowie die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer aus. Der Vollzug der Steuergesetze solle durch eine bessere Kooperation der Länder verbessert werden.



Die Grünen bekennen sich zum Abbau von 950 Stellen in der Kernverwaltung bis 2014. Dabei sollen die Bereiche, die im direkten Kontakt mit den BürgerInnen stehen, möglichst wenig belastet werden, die „innere Organisation“ dagegen stärker.

Die Grünen setzen sich „dafür ein, dass niedrigere Tarifabschlüsse für die Konsolidierungsländer abgeschlossen werden“. Außerdem sollen Personalkosten durch eine Erhöhung der Pensionsgrenze (entsprechend dem Renteneintrittsalter) und durch weniger Beförderungen gesenkt werden.

Der öffentliche Dienst soll nach Ansicht der Grünen ein vorbildlicher Arbeitgeber sein. Gemeint sind damit u.a. „verlässliche Ausbildung“, Gesundheitsförderung, familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung und die gezielte Förderung von Frauen. Ferner bekennen sich die Grünen zur Mitbestimmung, die sie als

unverzichtbaren Bestandteil einer modernen „Unternehmenskultur“ bezeichnen. Nicht thematisiert wird die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, Befristungen, untertarifliche Bezahlung etc.) im öffentlichen Dienst.

Die Grünen wenden sich ausdrücklich gegen den Verkauf „wertvoller und erfolgreicher Unternehmen Bremens wie der GEWOBA, der Bremer Landesbank oder der BLG“.

„Steuersenkungsgeschenken“ wird eine Absage erteilt; stattdessen sollten Vermögende und Ressourcenverbrauch stärker belastet und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Eigene Möglichkeiten Bremens zur Erzielung höherer Einnahmen sollen geprüft werden.

## CDU

Die CDU erklärt in ihrem Wahlprogramm: „Die hohen Personalkosten müssen durch Schwerpunktsetzung weiter gesenkt werden.“ Welche Schwerpunkte das sein sollen, ist indes kaum ersichtlich. Spielräume verspricht sich die CDU durch die Zusammenlegung von Dienststellen und verstärkte Kooperationen mit Niedersachsen, wodurch „unnötige Verwaltungsstrukturen verringert werden“ könnten.

Aussagen zur BeamtInnenbesoldung und Tarifpolitik werden hier nicht getroffen, obwohl führende CDU-Politiker in der Vergangenheit mehrfach einen Notlagentarifvertrag und sogar den Ausstieg aus der TdL gefordert hatten. Lediglich zur Versorgung wird ausgeführt, dass diese an die allgemeine Entwicklung der Rentenversicherung, also vor allem die Rente mit 67, angepasst werden solle.

Zum Personalvertretungsgesetz äußert sich die CDU nicht.

Die CDU fordert, dass Bremen Anteile an Gesellschaften (z.B. GEWOBA) verkaufen soll. Dies wird im Wahlprogramm als „konkreter Sparvorschlag“ angeführt. Außerdem soll der Staat sich verstärkt auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Welche Aufgaben damit zur Disposition stehen, wird aber nicht

konkretisiert.

Die CDU spricht sich für die Abschaffung der Zwangsabgabe an die Arbeitnehmerkammer aus. Weitere Bestrebungen zu Änderungen bei öffentlichen Abgaben nennt die CDU nicht. Sie will sich jedoch für Änderungen bei der Verteilung der Lohnsteuer einsetzen.

## DIE LINKE.

Die Linke fordert in ihrem Wahlprogramm, dass alle offenen Stellen im öffentlichen Dienst umgehend besetzt werden sollen. Darüber hinaus sollen 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst, in öffentlich geförderter Beschäftigung und bei ZuwendungsempfängerInnen zusätzlich geschaffen werden.

Prekäre Beschäftigung im öffentlichen Dienst will die Linke abbauen. Leiharbeit und Zeitarbeit im öffentlichen Dienst sollen demnach ausgeschlossen sein. Im Vergabegesetz soll ein Mindestlohn von 10 € festgeschrieben werden. Ebenso soll Auftragnehmern der Einsatz von Leih- und Zeitarbeitern untersagt werden.

Die Mitbestimmung bei Veränderungsprozessen im öffentlichen Dienst soll ausgebaut werden. Außerdem sollen die Freistellungsgrenzen für Personalräte gesenkt werden.

Die Linke will die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, vor allem Energie und Wasser, rekommunalisieren. Sie lehnt es ab, sich an einer Regierung zu beteiligen, die die Privatisierung öffentlichen Eigentums betreibt.

Zur Verbesserung der Haushaltslage setzt die Linke darauf, die Einnahmen massiv zu erhöhen. Dazu sollen der Einkommensteuerspitzenatz erhöht, die Vermögensteuer reaktiviert

und die Erbschaftsteuer an international übliche Ausmaße angepasst werden. Außerdem sollen die letzten „Steuergeschenke an Unternehmen“ rückgängig gemacht und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

## Ein Blick hinter die Kulissen

### Das Wahlamt arbeitet mit Hochdruck

Maren Zilm (Foto) wird eine der letzten sein, die am Abend des 22. Mai die Hochrechnungen für das Ergebnis der Bürgerschaftswahl sieht. Sie leitet das Wahlamt und wird des-



halb keine ruhige Minute haben, bis die erste Auszählrunde abgeschlossen ist. Arbeitszeiten bis in die Nacht und am Wochenende und viele Überstunden sind im Wahlamt nicht zu vermeiden. Schade findet Maren Zilm allerdings, dass es kaum möglich ist, die Stunden abzubummeln oder langfristig und verlässlich den Urlaub planen zu können.

Im Wahlamt, das zum Statistischen Landesamt gehört, arbeiten außerhalb von Wahlzeiten nur sie und ein weiterer Kollege. Das ist - auch im Vergleich zu anderen Städten - wenig, denn es müssen viele vorbereitende Arbeiten erledigt werden. Gerade im Zusammenhang mit dem neuen Wahlrecht gab es zahlreiche Fragen, die beantwortet werden mussten. Viel Zeit wurde in die Erarbeitung der Wahlordnung investiert. Auch die

Gestaltung des Stimmzettels bzw. -hefts, die Organisation des Auszählverfahrens, der Umbau der dafür erforderlichen Räume und die Beschaffung der technischen Infrastruktur waren wichtige Aufgaben.

Erst jetzt für das Massengeschäft, den Versand von Briefwahlunterlagen, den Betrieb des zentralen Wahllokals im ehemaligen Postamt 5 und die Organisation der rund 2700 ehrenamtlichen WahlhelferInnen kommen nun rund 20 befristet Beschäftigte und 35 Auszubildende hinzu. Rund 150 vollgepackte Paletten Papier werden insgesamt angeliefert. Allein acht Paletten mit roten Umschlägen für die Briefwahl wurden bestellt, weil erwartet wird, dass viele Wahlberechtigte die umfangreichen Stimmhefte lieber in aller Ruhe am heimischen Küchentisch durcharbeiten wollen.

Doch es gilt nicht nur Briefe zu verschicken. Auch eine Menge Regeln und Details müssen beachtet werden, damit die Wahlen auch tatsächlich frei, gleich und geheim ablaufen. Dafür gibt es entsprechende Schulungen. Doch um diese Qualität auch dauerhaft zu gewährleisten, ist es unverzichtbar, dass auch einige erfahrene Kräfte zur Verfügung stehen, die bei Zweifelsfragen und bei Problemen weiterhelfen können. Das Statistische Landesamt kann hierfür kein weiteres Personal abstellen. Nur dadurch, dass einige der befristet Be-

schäftigten schon bei früheren Wahlen im Einsatz waren, ist ein Mindestmaß an Wahlerfahrungen gesichert.

Für die Stimmenauszählung werden 70 Auszählwahlvorstände mit 500 WahlhelferInnen voraussichtlich rund eine Woche lang benötigt. Um Zahlen für verlässliche statistische Hochrechnungen zu gewinnen, werden sie am Abend des 22. Mai zunächst 70 Wahlbezirke auszählen, die sorgfältig nach mathematischen Verfahren als repräsentativ ausgewählt wurden. Eine Probeauszählung mit MitarbeiterInnen des Statistischen Landesamtes gibt zu der Hoffnung Anlass, dass das in den Abendstunden gelingt. An den folgenden Tagen werden dann die übrigen 279 Wahlbezirke und 68 Briefwahlbezirke ausgezählt, um das vorläufige amtliche Endergebnis festzustellen.

Am Wahltag werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes im Einsatz

sein, um die KollegInnen des Wahlamtes bei der Arbeit zu unterstützen und einen reibungslosen Ablauf der Wahl sicherzustellen - wie bei jeder Wahl.



Burkhard Winsemann  
wiss. Mitarbeiter  
Gesamtpersonalrat  
Bremen



Ab dem 22. Mai werden hier im alten Postamt 5 rund 500 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer die Stimmen auszählen

## Bremen *fair*bessern

### Mit dem Rest-Cent-Projekt fair handeln für Kinder in armen Ländern

Das Rest-Cent-Projekt der Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes ist Bestandteil der Bewerbung Bremens als Hauptstadt des Fairen Handels“. Darüber freuen wir uns. Die Bewerbung konzentriert sich auf vier zentrale Themenfelder: „fairstehen“ (Bildungsarbeit), „fairnetzen“ (Vernetzung und Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und öffentlicher Hand), „fairkaufen“ (öffentliche Beschaffung soll auf fairen Handel setzen) und „fairhandeln“ (eigene Verhaltensänderungen). Ziel der Initiative ist es, das Bewusstsein der Bremerinnen und Bremer für globale Gerechtigkeit zu schärfen.

Im Februar 2011 hat der Vergabeausschuss in seiner jährlichen Sitzung über die zu fördernden Projekte in 2011 entschieden. Es werden wieder drei Projekte gefördert, darunter ein neues. Den Bau einer Schule in Komanfara in Mali wollen Bremer Schülerinnen und Schüler finanziell ermöglichen, persönlich und eng betreuen sowie langfristig begleiten. Weiterhin gefördert wird For fair education. Der Verein führt Projekte zur Verbesserung der Bildung im westafrikanischen Burkina Faso durch. Das Projekt Kindergarten in Diani ermöglicht Kindern in Kenia den Besuch eines Kindergartens bei gleichzeitigem Unterricht in der englischen Sprache und soll auch in 2011 mit den Rest-Cents unterstützt werden. Das Straßenkinderprojekt in Brasilien Der Kleine Nazareno wurde vier Jahre lang unterstützt und wird deshalb ab diesem Jahr nicht mehr berücksichtigt. Im Jahr 2010 wurden die Projekte zu gleichen Teilen mit insgesamt 26.333,16 Euro gefördert.

SchülerInnen der Gesamtschule Bremen-Mitte und des Schulzentrums an der Alwin-Lonke-Straße wollen den Bau einer Grundschule in Komanfara (Mali) finanziell ermöglichen. Drei Lehrer der bremischen Schulen waren bereits in Komanfara und haben einen persönlichen Eindruck von diesem Dorf gewinnen können. Die Notwendigkeit einer Schule und das starke Eigenengagement der Dorfbewohner wurden sehr deutlich. Für die ca. 100 Kinder im Grundschulalter ist ein Schulbesuch fast unmöglich, da die nächste Schule 8 km entfernt liegt. Einen Bus gibt es nicht, und die Straßenverhältnisse sind sehr schlecht. Auch die Kinder aus den Nachbardörfern könnten dann in diese Schule gehen. Die SchülerInnen der beiden bremischen Schulen möchten den Bau der Grundschule in Komanfara persönlich und eng betreuen sowie langfristig begleiten.



Endlich Schule! in Komanfara



Kindergarten in Diani

Der Verein betreibt den KID - den Kindergarten in Diani (Kenia). Zur Zeit kümmert sich KID um 102 Kinder, davon besuchen den Kindergarten 44 Kinder. In einem stabilen sozialen Umfeld werden die Kinder erstmals in der Amtssprache Englisch unterrichtet, erhalten regelmäßige Mahlzeiten und werden medizinisch versorgt. Mit dem siebten Lebensjahr beginnt die Schulpflicht. Der Verein finanziert aktuell für 36 Kinder das Schulgeld, die landesübliche Schuluniform, den Transport zur Schule und gewährleistet auch weiterhin die medizinische Versorgung. In 2010 wurde testweise eine eigene Schule gegründet, in der 22 Kinder unterrichtet werden. Langfristiges Ziel des Vereins ist es, den Kindergarten und die angegliederten unterstützenden Maßnahmen für die Kinder so zu etablieren, dass dieser sich zum Teil selber tragen kann.

In Boudtenga, einer kleinen Ortschaft nördlich von Ouagadougou, der Hauptstadt des westafrikanischen Burkina Faso, hat for fair education begonnen, mit Hilfe der Rest-Cent-Mittel eine Schulbibliothek aufzubauen. Derzeit werden das Fundament und die Dachkonstruktion erstellt. Die Möbel sind bereits in Herbst 2010 gestaltet und gefertigt worden. Da die Ortschaft kaum elektrifiziert ist, wird die Schulbibliothek zudem mit einer Solaranlage ausgestattet. Die Sonne geht ganzjährig um 18.30 Uhr unter. Die gespeicherte Energie wird abends Licht spenden, damit die Schüler und Schülerinnen ihre Hausaufgaben fortsetzen und Erwachsene an Alphabetisierungskursen teilnehmen können.



for fair education: Bau einer Schulbibliothek

# Keine 1:1 Übertragung

## Reallohnverluste für die Beamtinnen und Beamten

Mit Empörung haben die Gewerkschaften den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Kenntnis genommen, die Beamtinnen und Beamten und die VersorgungsempfängerInnen vom Tarifabschluss der Länder wieder einmal abzukoppeln. Obwohl die Übertragung Bestandteil der Tarifforderung der Gewerkschaften war, sahen sich die Regierungsfraktionen mit der Umsetzung der Forderung nach zeit- und wirkungsgleicher Übertragung des Tarifabschlusses haushaltstechnisch überfordert. Den Gesetzesbeschluss der Bürgerschaft, das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, lehnen alle Gewerkschaften einhellig ab.

Bei dem Tarifabschluss haben sich die Gewerkschaften schon auf ein moderates Tarifergebnis eingelassen. Dieses Ergebnis lässt keinerlei Spielräume für Kürzungen bei einer Übernahme für die Beamtinnen und Beamten zu. Haushaltssanierung zu Lasten der Beamtinnen und Beamten ist nicht weiter hinnehmbar. Gerade die bremischen Beamtinnen und Beamten haben im bundesweiten Vergleich deutlich geringere Einkommen als die Beamtinnen und Beamten im Bund und in den anderen Ländern. Durch den Beschluss zum Besoldungsgesetz wird die Inflationsrate dieses und des nächsten Jahres noch nicht einmal ausgeglichen.



„Fahnen hoch und Pfeife raus!“ (O-Ton Burckhard Radtke, Beamtenvorstandsvorsitzender des ver.di Bezirks Bremen-Nordniedersachsen): Lautstark forderten ca. 2.500 Beamtinnen und Beamten und VersorgungsempfängerInnen, unterstützt von solidarischen ArbeitnehmerInnen, am 5. April 2011 auf dem Marktplatz die 1:1 Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung

Dies führt zwangsläufig zu weiteren Reallohnverlusten der Beamtinnen und Beamten und der VersorgungsempfängerInnen.

Die Streichungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld wie auch die Kürzungen bei der Übertragung von Tarifergebnissen in den letzten Jahren haben bereits zu erheblichen Einkommensverlusten geführt. Dies muss ein Ende haben. Durch den Gesetzesbeschluss werden die Beamtinnen und Beamten erneut zu einem Sanierungsbeitrag zu Lasten ihrer Einkommen verpflichtet. Dieser ergibt bei einer Beamtin A8 Stufe 5 176,82 €, bei einem verheirateten Beamten A11 Stufe 7 587,22 € und bei einer Beamtin A13 Stufe 9 1.546,77 € als Sanierungsbeitrag zum Landeshaushalt.

Haushaltssanierung erneut auf Kosten der Beamtinnen und Beamten

lehnen wir ab. Gute Arbeit muß angemessen bezahlt werden. Hierzu gehört auch die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Ergebnisse von Tarifverhandlungen. Wenn die Arbeit der Beamtinnen und Beamten nicht wertgeschätzt wird, kann nicht erwartet werden, dass sie sich weiterhin mit so großem Engagement an Reformprozessen beteiligen. Ebenso wird es durch diese Form der Besoldungspolitik zusätzlich erschwert, qualifizierte Nachwuchskräfte für den bremischen öffentlichen Dienst zu gewinnen.



Arno Dick,  
Landesbezirk  
Niedersachsen-Bremen



Harry Eisenach,  
Landesverband Bremen



Horst Göbel,  
Landesbezirk Bremen

## Zukunft für die Eigenreinigung?

### Eingruppierung der RaumpflegerInnen noch nicht befriedigend

Seit dem 1.1.2009 sind die Reinigungskräfte (außer Uni, Hochschulen, Eigenbetriebe) in die Immobilien Bremen AöR überführt worden. Die rot/grüne Koalition will die Eigenreinigung stärken. Sie soll für die nächsten Jahre auf dem jetzigen Stand von ca. 500 Reinigungskräften (das entspricht 245 Vollzeitstellen) gehalten werden. Kolleginnen, die in Rente und in Altersteilzeit gehen, werden durch Neueinstellungen im öffentlichen Dienst ersetzt.

Als erster Schritt ist nach langen und zähen Verhandlungen am 25. Januar 2011 eine Einigung zwischen der Senatorin für Finanzen, der Immobilien Bremen AöR, dem kommunalen Arbeitgeberverband, der Gewerkschaft ver.di und dem Personalrat der Immobilien Bremen AöR erzielt worden.

Diese Einigung gibt es aber nicht umsonst!

Bis zum Jahre 2020 soll die Leistungsfähigkeit und die Kostenvergleichbarkeit mit der Fremdreinigung realisiert werden. Bis zu 3 Mio. € (so die Zielvorgabe der Politik) sollen in der Eigenreinigung in den nächsten 10 Jahren eingespart werden.

Die Reinigungsleistung soll der Fremdreinigung angepasst werden, das heißt: Die Reinigungsflächen werden erhöht. Dazu sollen moderne Technik angeschafft und mehr Maschinen eingesetzt werden. Bei den Gehältern wird langfristig ebenfalls

eingespart, weil die Neueingestellten schlechter bezahlt werden als die ausscheidenden Kolleginnen.

Für die Neueingestellten heißt es kurzum: Mehr Arbeit, weniger Geld.

Im Gegenzug beabsichtigt der Senat, mit einem verpflichtenden Kontrakt eine Mindestpersonalausstattung für die nächsten 10 Jahre mit einem Volumen von 245 Vollzeitstellen zu erhalten. Dazu gehört auch

- ◇ ein Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen,
- ◇ die weitere Zentralisierung der Innenreinigung unter dem Dach der IB, auch zur Stärkung einer gemeinsamen Interessenvertretung,
- ◇ eine angemessene Regelung für Leistungsgeminderte und ältere Beschäftigte (60+) ab Inkrafttreten des Tarifvertrages,
- ◇ eine neue Vertretungsregelung durch Fremdreinigung für planbare Fehlzeiten (Urlaub sofort, Fortbildung sofort etc.) und für unplanbare Fehlzeiten (Krankheit ab 3. Tag) sowie die sukzessive Einrichtung eines gemischten Vertretungspools (Konkretisierung nach 1,5 Jahren).

Man ist sich auch einig, unter den neuen Reinigungsbedingungen einen Ausbau der Eigenreinigung zu prüfen. Die neuen Reinigungsbedingungen beinhalten auch die Veränderung der Reinigungs-

richtlinie und der Reinigungshäufigkeit.

Alles das sollte eigentlich zum 1. April 2011 als Komplettpaket abgeschlossen sein. Leider ist dieser Termin aus heutiger Sicht überholt und deshalb zum Aprilscherz verkommen!

Der Kontrakt mit dem Senat ist noch immer nicht geschlossen. Und auch die Reinigungsrichtlinie und

wird dieser Differenzbetrag abgeschmolzen.

Die Reinigung in Dienstgebäuden und Schulen ist eine sehr schwere Arbeit. Die Kolleginnen und Kollegen (zwei Reinigungsmänner!) werden auf Maschinen und Techniken geschult, müssen mit Chemie umgehen können und eigenverantwortlich ihrer Arbeit nachgehen. Das kann und darf nicht die Entgeltgruppe 1 sein!

Für die RaumpflegerInnen muss eine angemessene Eingruppierung vereinbart werden. Sie haben schon genug Einbußen hingenommen.

Die ArbeitnehmervertreterInnen der Immobilien Bremen AöR haben ihre Hausaufgaben erledigt. Die Politik braucht noch gewaltige Nachhilfe und muss nachsitzen!



branke auf flickr © cc0/bmbrms

die Reinigungshäufigkeit, die mit der Senatorin für Bildung (größte Abnehmerin von Reinigungsdienstleistungen) und dem Gesamtpersonalrat abgestimmt sein müssten, sind bislang nicht abschließend verhandelt.

Für die neueingestellten Reinigungskräfte wurde im Jahre 2009 ein Tarifvertrag abgeschlossen, in dem die Entgeltgruppe 1 Stufe 2 mit Zuzahlung des Differenzbetrages zu Entgeltgruppe 2 Stufe 2 gezahlt wird. Dieser Tarifvertrag läuft im August 2011 aus. Im Zuge von tariflichen Erhöhungen



Heidi Adler, Personalratsvorsitzende Immobilien Bremen und Mitglied im Gesamtpersonalrat

# Erste Erfolge erreicht...

## ...gegen prekäre Beschäftigung in Schulen

Im Kampf gegen prekäre Beschäftigung hat der Personalrat Schulen jetzt mit einer Dienstvereinbarung einen wichtigen Erfolg erreicht.

Die Dienstvereinbarung tritt ab sofort in Kraft und gilt für alle pädagogischen MitarbeiterInnen. Hierzu zählen alle nicht unterrichtenden, pädagogisch tätigen Beschäftigten an den Schulen (sozialpädagogische Fachkräfte, persönliche Assistenten etc.) Sie gilt unabhängig davon, bei welchen Arbeitgebern die KollegInnen beschäftigt sind.

### Bisher prekär...

Viele pädagogische MitarbeiterInnen mussten bisher unterschiedliche Vertrags-, Arbeitszeit- und Vergütungsbedingungen bei verschiedenen Arbeitgebern hinnehmen:

- ◇ Pädagogische MitarbeiterInnen wurden teilweise von ihren Trägern nicht nach dem Tarifvertrag TV-L des öffentlichen Dienstes (oder gleichwertig) bezahlt.
- ◇ Pädagogische MitarbeiterInnen hatten zum Teil nur befristete Ver-



Am Aktionstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen prekäre Arbeit am 7.10.2010 ließen alle pädagogischen MitarbeiterInnen an Schulen am Schluss der Teilpersonal- und -betriebsversammlung Luftballons steigen

- trüge - trotz Regeltätigkeit.
- ◇ Pädagogischen MitarbeiterInnen wurden oft Vertragsaufstockungen verweigert und stattdessen geringfügige Neueinstellungen vorgenommen.
- ◇ Pädagogische MitarbeiterInnen mussten oftmals mit geringfügigen Mini-Jobs vorlieb nehmen und entgegen ihrem Wunsch auf Beschäftigung mit Sozialversicherung verzichten.

### ...nun nicht mehr

Die Vergütung erfolgt entsprechend oder gleichwertig dem gültigen Tarif-

vertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)!

Arbeitsverträge für Regeltätigkeiten sind grundsätzlich unbefristet. Befristungen sind nur in Ausnahmefällen möglich! Teilzeitbeschäftigte erhalten das Angebot zur Vertragsaufstockung an ihrer Schule, bevor Neueinstellungen vorgenommen werden.



Hajo Kuckero, Personalrat Senator für Bildung und Wissenschaft - Schulen -

Mini-Jobbern werden vorrangig Aufstockungen angeboten, um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zu erreichen.

Diese Dienstvereinbarung ist ein wichtiger Schritt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pädagogischen MitarbeiterInnen an Schulen und wurde in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und den Betriebsräten bei den verschiedenen Arbeit-

Arbeiten Sie in Leiharbeit?  
Sind Sie nur geringfügig beschäftigt?  
Werden Sie unter Tarif bezahlt?  
Brauchen Sie Beratung oder Hilfe?

Wenden Sie sich an das

## BeratungsBüro Prekäre Beschäftigung

Wir hören Ihnen zu! Wir beraten Sie!  
Wir vermitteln kompetente Rechtsberatung!

Beratungszeiten:  
Dienstag & Donnerstag 14:00 - 18:00 Uhr  
Hier im DGB Haus (4. Etage)  
Telefon (0421) 699 285 40

BERATUNG

## Zwei in einem

### Umweltbetrieb Bremen

Rückwirkend zum 1. Januar 2010 wurden die beiden bremischen Eigenbe-

trieb der ehemaligen Stadtgrün-Zentrale an der Hollerallee sollen mittelfri-

der Grünflächen einsetzen.“

Der bekannteste baye-  
rische Fußballspieler wür-  
de wahrscheinlich sagen:  
„Schau ´n mer mal!“

kulturen, Neuorganisation  
von Strukturen und unklare  
Organisationsprozesse sind  
die Themen, mit denen  
sich der Betrieb auch in  
den kommenden Monaten  
beschäftigen muss.



#### Berater kommen, Berater gehen...

Der Fusion vorangegangen  
war ein etwa einjähriger  
Prozess, während dessen  
die Frage geprüft wurde,  
ob eine Kooperation oder  
Fusion zielführend ist.

#### Die MitarbeiterInnen- beteiligung ist verbes- serungswürdig!

Wie gesagt, noch laufen  
nicht alle Prozesse rund.  
Im Rahmen der Projekte  
können einige Dinge ver-  
ändert werden. Eine ver-  
besserte Beteiligung der  
Mitarbeiterinnen und Mit-  
arbeiter ist dabei eines der  
vorrangigen Ziele des Per-  
sonalrates Umweltbetrieb  
Bremen.

triebe Stadtgrün Bremen  
und Bremer Entsorgung-  
betriebe zusammengelegt.  
Das Ergebnis heißt Um-  
weltbetrieb Bremen, ein  
Eigenbetrieb der Stadtge-  
meinde Bremen.

stig Stelleneinsparungen  
im Verwaltungsbereich er-  
folgen. Gestartet mit zu-

Trotz der bislang von  
unterschiedlichen Ber-  
atern wahrgenommenen

#### Aufgaben im neuen Umweltbetrieb

Das Aufgabenspektrum  
für den neuen Umwelt-  
betrieb Bremen sieht ne-  
ben der Zuständigkeit für  
die Grünflächen und das  
Friedhofswesen Aufgaben  
im Bereich der Abwas-  
serbeseitigung, der Ge-  
bührenerhebung und die  
Kundenberatung in der Ab-  
fallentsorgung sowie den  
Betrieb der Blockland De-  
ponie vor.



nächst zwei Geschäftsführ-  
ern wird der Umweltbetrieb  
Bremen seit dem 1. Januar  
2011 von einem Geschäft-  
sführer geleitet.

Begleitung läuft bei wei-  
tem noch nicht alles rund!  
Unterschiedliche Betriebs-



Bernhard Esters,  
stellv. Personal-  
ratsvorsitzender  
im Umweltbetrieb  
Bremen und Mit-  
glied im Gesamt-  
personalrat

#### Wie immer Einspa- rungen!

Wie nicht anders zu er-  
warten, spielten natürlich  
Einsparungen bei der Zu-  
sammenlegung von Stadt-  
grün Bremen und Bremer  
Entsorgungsbetriebe eine  
große Rolle. Neben dem

#### Ungewöhnliche Ziele!?

Als zuständiger Sena-  
tor gab Dr. Reinhard Loske  
die folgende Zielstellung  
aus: „Das Geld wollen wir  
im Betrieb belassen und  
für die Verbesserung der  
Grünpflege und Sauberkeit



# Tariffucht und Sanierungstarifvertrag abgewendet

## 12.000 Beschäftigte sind unwiderstehlich

Pünktlich zur Auftaktveranstaltung meinte Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert in die Offensive gehen zu müssen und den Austritt aus der TdL (Tarifgemeinschaft der

und ein Gesamtvolumen für 2012 von 2,55 %. Unsere Zusatzforderungen für die Beschäftigten des Küstenschutzes und der Straßenmeistereien wurden dadurch erfüllt, dass die

die höhere Entgeltgruppe kommt.

In diesem Zusammenhang ist es uns auch gelungen, eine konkrete Verbesserung für betroffene IngenieurInnen bei den sogenannten „Drittelaufstiegen“ zu erreichen. Ebenso erreichten wir die Wiedereinführung von Entgeltgruppenzulagen in Neueingruppierungsfällen sowie Verlängerung des Übergangsrechts zu Aufstiegen und Vergütungszulagen.

Damit haben wir in die-

dass für die rund 200.000 Lehrkräfte die Eingruppierung in einem Tarifvertrag geregelt wird. Es kann nicht sein, dass in unserem Jahrhundert noch immer Arbeitgeber nach eigenem Gutdünken bestimmen, was die Beschäftigten und wie viel die Beschäftigten erhalten. Da müssen wir dran bleiben, denn wir wollen, dass unsere Kinder und Enkelkinder von gut ausgebildeten und motivierten Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden.



Länder) anzudrohen, falls das Verhandlungsergebnis zu hoch wäre.

Die Reaktion der Bremer Beschäftigten folgte auf dem Fuße. Zum Valentinstag erhielt die Senatorin nicht etwa rote Rosen, sondern die übrig gebliebenen Dornen.

Und am 3. März haben 12.000 Beschäftigte ihren Unmut laut auf dem Marktplatz in Bremen kundgetan.

Das hat gewirkt, denn ohne die Streikenden und denen, die an der Kundgebung teilgenommen haben, wäre dieser Abschluss nicht zustande gekommen.

### Entgeltordnung vereinbart

Wir haben für die Beschäftigten eine ordentliche Entgelterhöhung durchsetzen können in einem Gesamtvolumen für 2011 in Höhe von 2,3 %

Erschwerniszuschläge in 2011 einvernehmlich pauschaliert und ab 1.1.2012 um 25 € monatlich erhöht werden.

Nach jahrelangem Ringen ist es uns endlich gelungen, in dieser Tarifrunde eine Entgeltordnung für den TV-L durchzusetzen. Endlich haben wir wieder die Situation „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ für „Neu“-Angestellte und „Alt“-Angestellte in den Ländern. Von dieser Entgeltordnung profitieren rund 60 % aller neu eingruppierten oder neu eingestellten Beschäftigten, weil es uns gelungen ist, die Tätigkeitsmerkmale mit Bewährungsaufstiegen bis zu sechs Jahren direkt in eine höhere Entgeltgruppe zu bekommen. Damit entfällt die Wartezeit von früher, bis zu drei, vier oder sechs Jahre warten zu müssen, bis man in



ser Tarifrunde endlich ein Ergebnis, das nur Dank unserer Hartnäckigkeit und langem Atem zu erreichen war.

### Gleichbehandlung bei Lehrkräften nicht erreicht

Nicht erreicht haben wir, dass endlich die Ungleichbehandlung der nicht verbeamteten Lehrkräfte aufgehoben wird. Unser Ziel war gemeinsam mit der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft),

### Weiterhin Forderung nach Übernahme

In der Frage Übernahme der Auszubildenden sind die Arbeitgeber völlig stur geblieben, das schmerzt mich um so mehr, da viele Auszubildende am 3. März gemeinsam mit uns ihre Forderung nach Übernahme kundgetan haben. Für meine Begriffe hätten die Arbeitgeber gut daran getan, den Auszubildenden eine Übernahmegarantie zu gewährleisten. Ich erwarte nun, dass die Län-

der und insbesondere das Land Bremen mit uns eine landesbezirkliche Regelung zur Altersteilzeit trifft, die Auszubildenden freiwillig übernimmt und damit eine Brücke zwischen Jung und Alt bildet.

nur dann etwas, wenn wir uns wehren, denn freiwillig machen die Arbeitgeber keinerlei Zugeständnisse. Wir haben zwar die besseren Argumente, aber das langt nicht, wir brauchen Stärke und Kampfkraft.



### Sanierungstarifvertrag vom Tisch

Durch den Einsatz und die Teilnahme an den Warnstreiks der Bremer Beschäftigten ist es uns gelungen, mit diesem Abschluss endlich das leidige Thema „Sanierungstarifvertrag für Bremen“ vom Tisch zu fegen.

Das zeigt uns ganz deutlich, wir erreichen immer

Deshalb kann ich nur jedem empfehlen, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden, damit wir unsere Kampfkraft stärken und ausbauen können, um auch in Zukunft gute Tarifabschlüsse für alle Beschäftigten erreichen zu können.

**Susanne Kremer**

ver.di-Landesbezirk  
Niedersachsen-Bremen



### Zur Person

Susanne Kremer, 51 Jahre jung, ist seit März 2007 stellvertretende Landesbezirksleiterin im ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen.

Nach der Arbeit genießt sie lange Spaziergänge in der Natur, tollt mit ihren Tieren herum, liest gerne gute Bücher oder schaltet einfach ab auf dem Sofa.



### Das Tarifergebnis im Überblick

**1. April 2011:** 1,5 % lineare Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen. **1. Januar 2012:** 1,9 % lineare Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen plus 17 € monatlicher Betrag in die Tabelle (für Auszubildende 6 Euro).

Einmalzahlung in Höhe von 360 € für die Monate Januar bis März 2011. Für Auszubildende 120 €.

Zum 1. Januar 2012 tritt eine neue Regelung zur Eingruppierung der Beschäftigten der Länder in Kraft.

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten.

# RIGOROS. BEHERZT. ZUSAMMEN.

GEGEN SOZIALE AUSGRENZUNG UND RASSISMUS

ANTIFASCHISTISCHER 1. MAI 2011 IN BREMEN!

KEINEN METER!

## Keinen Meter!

Ort und Zeit unter  
[www.dgb-bremen.de](http://www.dgb-bremen.de)

### Aufruf zur Demonstration gegen die NPD am 1. Mai 2011 in Bremen

Am 1. Mai 2011 will sich die NPD erneut in Bremen versammeln. Nazis aus der ganzen Bundesrepublik wollen diesen Tag dazu nutzen, um in unserer Stadt ihr menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten und für ihre demokratiefeindlichen Ziele zu werben.

Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin. Wir stehen für eine demokratische, weltoffene und solidarische Gesellschaft. Den Nazis und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir rufen alle auf, gemeinsam mit uns am 1. Mai 2011 gegen die Nazis zu demonstrieren. Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern. Lasst uns alles dafür tun, dass die Nazis nicht in die Bürgerschaft kommen.

### Keinen Raum für Nazis!

Die Nazis reden von „Überfremdung“ und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Dabei knüpfen sie an gesellschaftlich weit verbreitete Vorurteile an, denn menschenfeindliche Einstellungen sind nicht auf Nazis beschränkt.

Die NPD verbreitet offen fremdenfeindliche und antisemitische Parolen und verhöhnt die Opfer faschistischer Gewalt. In einigen Regionen der Bundesrepublik können die NPD und andere Nazigruppen inzwischen weitgehend ungestört ans Werk gehen. Offen werden Menschen bedroht und eingeschüchtert. MigrantInnen, nicht-weiße Menschen, alternative Jugendliche und gegen Nazis aktive BürgerInnen sehen sich in solchen Gegenden täglichen Anfeindungen ausgesetzt. Gewalt wird in Nazigruppen nicht nur geduldet, sondern Tätern wird eine politische Heimat geboten.

Eine Tolerierung der NPD in der Öffentlichkeit ist falsch verstandene Toleranz.

Nazis werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus“, genau wie ihre historischen Vorgänger. Sie verherrlichen den Faschismus und seine Verbrechen.

Wer Auschwitz leugnet, verdient keine Nachsicht, sondern entschiedenen Widerstand.

Ob Nazis wieder auf unseren Straßen marschieren können oder nicht, das liegt an uns!

### Wir stellen uns ihnen entgegen!

Wir alle sind selbst verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben.

Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, den Nazis unsere demokratische und antifaschistische Überzeugung, unseren Mut und Verstand, unsere Gemeinsamkeit und unsere Vielfalt entgegenzusetzen.

Wir wollen ein Bremen und eine Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität und Religion friedlich miteinander leben und in dem für jede Person Menschenwürde und gleiche Rechte Gültigkeit haben.

Wir rufen alle Menschen auf, die Idee einer solidarischen und offenen Gesellschaft aktiv gegen Anfeindungen zu verteidigen und dem weiteren Anwachsen von Rassismus und Ausgrenzung Einhalt zu bieten.

### Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wir sind alle gefordert - SchülerInnen, RentnerInnen, Hausfrauen, Hausmänner, Arbeitslose, ArbeitnehmerInnen, BeamtInnen, FrühaufsteherInnen, LangschläferInnen, Fußballfans - Nehmt teil!